

Ltd. KVD Allroggen berichtete von der beabsichtigten Reform der Versorgungsverwaltung. Er wies darauf hin, dass das Land NW durch die Übertragung vielfältiger Aufgaben eine orts- und bürgernahe Aufgabenwahrnehmung und zeitgleich eine Kostenreduzierung anstrebe. Ob das Konnexitätsprinzip vollständige Berücksichtigung finde, bleibe abzuwarten. Fakt sei, dass aktuell ca. 1.850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Versorgungsverwaltung tätig sind; aufgrund einer internen Studie des Landes seien zur Erfüllung der Aufgaben nur ca. 1.350 Personen notwendig.

Das Elterngeld werde zukünftig beim Sozialamt angesiedelt (7 Stellen). Problematischer sei die Übernahme von ca. 80.000 Akten aus dem Schwerbehindertenrecht (ca. 18 Stellen vom Land NW). Es sei beabsichtigt ca. 30 Arbeitsplätze inkl. entsprechender Technik zur Verfügung zu stellen. Außerdem bestehe rechnerisch Anspruch auf 1,24 Stellen von medizinischem Personal. In einem Interessenbekundungsverfahren habe eine ärztliche Fachkraft (0,8 Stelle) ihr Interesse an einer Arbeit beim Rhein-Sieg-Kreis bekundet. Ltd. KVD Allroggen erklärte, dass vom Land NW ein sog. Beratungs- und Annahmestopp von mindestens 1 Woche verhängt werde.

Ungeachtet der aktuellen problematischen Situation betonte er, dass Landrat und Kreistag selbstverständlich eine bürgernahe Verwaltung grundsätzlich begrüßen.